

STELLUNGNAHME
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG

**des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 4. Dezember 2013**

COM(2013) 751 final

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

I.

Mitteilung an die Europäische Kommission gemäß Art 23f Abs 4 B-VG

Der Nationalrat fordert daher die Europäische Kommission auf:

- Die Anzahl der verwendeten delegierten Rechtsakte/Durchführungsrechtsakte zu überdenken und zu reduzieren.
- Bei der Vorbereitung von delegierten Rechtsakten Expertenausschüsse mit Vertretern der Mitgliedstaaten vorzusehen.
- Vorschläge für eine alternative Behandlung von komplexen Themen zu finden, die nicht zwingenderweise in einem delegierten Rechtsakt oder Durchführungsrechtsakt behandelt werden müssen.

II.

Stellungnahme gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, in den Gesprächen mit der Europäischen Kommission betreffend der delegierten Rechtsakte bzw. Durchführungsrechtsakte im Sinne der Mitteilung vorzugehen.